

17. OKT. 1961



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 366 890

P/XVI/233 - 16. Oktober 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a	<u>1949 - 1961</u> Zur Eröffnungssitzung des vierten Deutschen Bundestages	62
2	<u>Nicht in Berlin</u> Von Dr. Karl Mommer, MdB	48
3 - 3a	<u>Politikum Wasser</u> Von Werner Jacobi, MdB	82
4 - 5	<u>Die Integrierten verlassen die Junge Union</u> Das Ergebnis des Deutschlandtages in Oldenburg Von Waldemar Ritter, jugendpolitischer Referent der SPD	98
6 - 7	<u>Sowjetfrauen in grosser Sorge</u> Was soll aus der Familie "im Kommunismus" werden? Von Rudolf Hornig	79

* * *
* *

1949 - 1961

sp - Morgen, den 17. Oktober 1961 um 14 Uhr tritt der vierte Deutsche Bundestag zu seiner ersten und konstituierenden Sitzung zusammen. Es ist ein bedeutungsvoller Tag in der Parlamentsgeschichte der jungen Bundesrepublik, die auf ein Alter von 12 Jahren zurückblicken kann - gewiss kein ehrwürdiges Alter.

Fast ein Viertel der gewählten Volksvertreter sind Neulinge, aber es gibt auch viele, die von Anfang an mit dabei waren, als die ersten Grundlagen für eine neue deutsche Demokratie nach dem grössten Zusammenbruch in der deutschen Geschichte gelegt wurden. Damals wie heute standen sie unter dem furchtbaren Druck der totalitären Mächte des Ostens. Die Beendigung der frowelhaft ausgelösten Berliner Blockade lag ein halbes Jahr vor der ersten Sitzung des ersten Deutschen Bundestages. Der sowjetrussische Anlauf, das ganze Deutschland zu gewinnen, war stecken geblieben. Die Sowjetunion hatte alle Karten auf eine ausbrechende Anarchie in dem grösseren Teil Deutschlands gesetzt, der sich ihrer Zugriff entzog. 1948 und 1949 ermahnte der unvergessliche Ernst Reuter die Westdeutschen, in Blick auf das ganze Deutschland ein lebensfähiges, demokratisches, vom freiheitlichen Geist erfülltes Gebilde aufzubauen, dessen Ausstrahlungskraft über den damals schon vorhandenen Eisernen Vorhang hinweg eine Quelle der Hoffnung und der Zuversicht für jene sein sollte, denen die freie Mitbestimmung an der Gestaltung Gesamtdeutschlands verwehrt war.

Die Deutsche Sozialdemokratie hat sich in Notzeiten des Volkes nie versagt. Unter ihrer massgeblichen Mitwirkung kam das Grundgesetz zustande, das den Wiederaufbau einer staatlichen Ordnung im Westen Deutschlands stellvertretend für ganz Deutschland ermöglichte. Es war schon ein Element von nicht zu unterschätzendem Gewicht, verglichen mit der Lage Berlins, mit der offenkundigen Absichten der Sowjetunion, dass sich verantwortungsbewusste Männer und Frauen hinsetzten und gemeinsam die tragenden Grundsätze des zu bildenden Staates erarbeiteten. Das Grundgesetz stand unter dem verpflichtenden Gebot, als Teil das Ganze im Auge zu behalten, um damit die Voraussetzungen für

ein Wiederezusammenfügen der willkürlich getrennten Teile zu schaffen.

Wenn sich heute, rückschauend auf zwölf Jahre Bundesrepublikanischer Politik, die Frage stellt, ob die Mahnungen Berlins und des ersten Deutschen Bundestages berücksichtigt wurden, so muss sie wohl - leider - verneint werden. Der vierte Bundestag hält einen Vergleich mit dem ersten angesichts dessen, was seit 1949 geschehen ist, nicht aus. Eine Parallele zu damals führt zu den niederdrückenden Gedanken, dass man heute weniger bereit ist, das Ganze zu sehen, nach dem Ganzen zu handeln als 12 Jahre zuvor. Gewiss zeigten sich schon 1949 die Ansätze einer partikularistischen Entwicklung, stand die Regierungsbildung nicht unter dem Gebot des bedrohten nationalen Zusammenhaltes, überwog die Abneigung gegen die Sozialdemokratie mit ungunstigen Folgen im Inneren wie auch nach aussen. Adenauer nahm lieber die später ruhmlos untergegangene Deutsche Partei ins Kabinett, um die Sozialdemokratie vom Staate möglichst fernzuhalten.

Wieder stehen wir vor Gefahren, grösser und bedrohlicher als jemals zuvor in der jungen Geschichte der Bundesrepublik. Noch stärker als vor 12 Jahren beim Zusammentritt des ersten Bundestages gilt der vorherrschende Gedanke bei den Parteien rechts von der Sozialdemokratie dem Bestreben, die Sozialdemokratie von der Regierungsverantwortung auszuschalten und unkorrigierbare Weichen für die Zukunft unseres Volkes zu stellen. Das spricht gegen jedes aussenpolitische Gebot und verkennet die Notlage, in der wir uns befinden. Dieser hier offenbar werdende kleinliche Parteiegoismus und Interessentengeist steht im Widerspruch zu dem Gesetz, nach dem die Schöpfer des Grundgesetzes angetreten waren. Er wird dem Ernst der Stunde nicht gerecht.

+ + +

Nicht in Berlin

Von Dr. Karl Mommer, MdB

Zur Vorbereitung der ersten Sitzung des neuen Bundestages las ich in den Protokollen vom Beginn des letzten Bundestages. Ich erschrak beim ersten Wort: "Berlin, den 15. Oktober 1957" heisst es dort. Der Bundestag trat zu seiner ersten Sitzung in Berlin zusammen und ist danach noch einmal zu einer Arbeitssitzung dort gewesen. Dann nicht mehr.

Unter den Warnungen und Kassandrarufern derjenigen, die meinen, man könne Berlin besser halten, wenn man dort Verträge- und Gewohnheitsrechte abbaue, hat der Präsident Gerstenmaier dann noch die Bundesversammlung zum Juli 1959 nach Berlin einberufen. Seitdem hat dort keine Sitzung mehr stattgefunden. Zuerst, weil angeblich der Präsidentenwechsel in Washington den Herbst 1960 ungeeignet erscheinen liess. Dann 1961 ganz offen deshalb, weil "man" vor den Drohungen Parkows und Moskaus zurückwich. Inzwischen hat der antizipierende Bundeskanzler öffentlich davon gesprochen, es könnten vielleicht in Berlin befindliche Verwaltungsbehörden der Bundesrepublik - zur Beschwichtigung der auch so provozierten Sowjets - aus Berlin zurückgezogen werden. Bei solcher "Wetterlage" kann man den Präsidenten verstehen, dass er die erste Sitzung des neuen Bundestages nicht so wie früher nach Berlin einberufen hat.

Aber man muss der Tatsache ins Auge sehen. Die Berliner müssen glauben, dass der Bundestag nicht mehr nach Berlin kommt. Das ist ein wichtiges psychologisches Faktum, das eine Konzession an den rechtlosen Druck der Sowjets enthält, eine Konzession, gegeben aus mangelnder Standfestigkeit, in reinem Zurückweichen vor Drohungen, ohne jede Gegenleistung! Niemand wird behaupten wollen, dass die Annexion Ostberlins vom 13. August und die Errichtung der Schandmauer durch Tatbestände der Anwesenheit der Bundesrepublik in Berlin provoziert worden sei. So wie niemand behaupten wird, dass das Zurückweichen des Bundestages die hungrige Bestie sanfter gestimmt habe.

Denen, die jetzt antlich darüber nachzudenken haben, wie man Westberlin halten und dies durch Konzessionen in einzelnen erleichtern könnte, sei die Geschichte der Anwesenheit von Bundesorganen in Berlin seit 1949 als Studienfall empfohlen. Es ist eine Geschichte von mangelndem politischem Offensivgeist auf seiten der Freiheit, eine Serie von kleineren Kapitulationen und Versuchen der Beschwichtigung der rotlackierten Nazis, wie Kurt Schumacher sie nannte. Was dabei herausgekommen ist, steht vor jedem Mannes Augen.

Das sollte eine Warnung sein. Ob es auf diesem kleinen Gebiet der Anwesenheit von Bundesorganen in Berlin noch Zeit zur Umkehr ist? Der neue Bundestag soll die Lage erneut prüfen und wieder nach Berlin gehen. Dort steht das Reichstagsgebäude. Die Berliner warten auf uns ebenso sehr wie die 17 Millionen hinter der KZ-Mauer auf uns warten.

Und allen denen, die wir oben unter "man" zusammengefasst haben, sei gesagt: Nicht die Schwüre zählen, man werde nie und so weiter und so weiter; die Taten zählen, die grossen und die kleinen. Der neue Bundestag tut gut daran, die ganze Tragweite des bösen Omens für unsere Nation zu überdenken: Im Gegensatz zum bisherigen tritt der neue Bundestag zu seiner ersten Sitzung nicht in Berlin zusammen.

Politikum Wasser

Von Werner Jacobi, MdB

Der Handel um die Regierungsbildung mit seinen nicht immer würdigen Begleiterscheinungen hat in den letzten Wochen das Augenmerk der Öffentlichkeit ein wenig davon abgelenkt, dass es nicht nur um Kanzler und Regierungssitze, nicht nur um Grundsätze der Aussen- und Sicherheitspolitik, sondern auch darum geht, wie verschobene oder bisher unzulänglich gelöste innenpolitische Fragen von der Legislative und Exekutive zukünftig behandelt werden. Hierzu gehört auch der fürwahr nicht unwichtige Bereich von Wasser und Abwasser und seine Behandlung durch Parlament und Regierung.

Verminderte Aktivität

Entgegen beruhigenden Erklärungen über befriedigende Erfolge auf diesem Gebiet in den letzten Jahren muss festgestellt werden, dass sich der Zustand unserer Gewässer keineswegs verbessert hat. Nirgendwo konnte der Verschmutzungsgrad entscheidend abgebaut werden, ja zum Teil ist sogar eine gewisse Verminderung der Verantwortungsfreudigkeit und der Aktivitäten festzustellen. So stimmt es bedenklich, um nur ein Beispiel zu nennen, dass im Jahre 1960 die für die Errichtung von industriellen Abwasseranlagen in Anspruch genommenen Steuervergünstigungen von 72,2 Millionen DM auf rund 60 Millionen DM zurückgegangen sind. Auch ist wenig befriedigend, wie sich die Länder der Aufgabe unterzogen haben, auf der Grundlage des Bundesgesetzes zur Ordnung des Wasserhaushaltes möglichst rechtseinheitliche Landeswassergesetze zu erlassen. Die beiden grössten deutschen Bundesländer, Nordrhein-Westfalen und Bayern, befinden sich immer noch im Stadium der parlamentarischen Beratungen. In den übrigen Ländern zeigen die inzwischen verabschiedeten Ausfüllungsgesetze zum Wasserhaushaltsgesetz manche der Sache nach nicht erforderlich gewesene Unterschiede. Die Chance, unter Zugrundelegung eines Masterentwurfes zu einem Maximum rechtseinheitlicher Regelungen zu kommen, ist jedenfalls nicht genutzt worden.

Hinkendes Bundesrecht

Auf der Bundesebene hat es neben dem erwähnten Wasserhaushaltsgesetz mit der Verabschiedung des Wasserstrassenreinhaltegesetzes, das auf die Bundeswasserstrassen beschränkt ist, und dem Detergentien-gesetz, das den Gefahren der modernen Waschmittel für unser Wasser einhalt gebieten soll, zwei weitere bemerkenswerte Anstrengungen gegeben, die Verunreinigung der Gewässer einzudämmen. Alle diese Gesetze kranken jedoch daran, dass sie gleichsam nur hinkendes Bundesrecht geschaffen haben. Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes ist nach dem Grundgesetz auf die Rahmengesetzgebung beschränkt. Es fehlt jede rechtliche Grundlage für eine einheitliche und gezielte Wasserpolitik, und auch die Koordinierung der verschiedenen mit Fragen des Wassers befassten Bundesministerien lässt zu wünschen übrig. Beide Aufgaben jedoch

müssen in Zukunft energischer als bisher angepackt werden, wenn weiterer Schaden verhütet und schwerwiegende Verhältnisse der Vergangenheit wieder gutgemacht werden sollen.

Mindestforderungen

Von der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft, dem verdienstvollen Zusammenschluss von Abgeordneten des Bundes und der Länder, dem manche Gesetzgebungsinitiativen der Vergangenheit zu verdanken sind, ist in diesen Tagen in einem Brief an den geschäftsführenden Bundeskanzler besorgt auf die unerlässliche Notwendigkeit einer klaren Wasserpolitik des Bundes hingewiesen worden.

In diesem Schreiben wird eine stärkere Zusammenfassung der wasserwirtschaftlichen Aufgaben innerhalb der Bundesregierung gefordert. Einen wesentlichen Schritt weiter geht die allgemein geachtete "Vereinigung Deutscher Gewässerschutz". Sie hat neben ein auf die Gesamtproblematik eingehendes Memorandum fertiggestellt, das in den nächsten Tagen unter der Überschrift "Wasser - auch ein Politiker", Mindestforderungen zur Überwindung der auf die Dauer unhaltbaren Zustände in unserer Wasserwirtschaft, der Öffentlichkeit unterbreiten wird.

Die VDG verlangt in diesem Zusammenhang gemeinsame mehrjährige Anstrengungen von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Sie mahnt Bund, Länder, Gemeinden und alle Staatsbürger, den Aufgaben der Wasserwirtschaft mehr denn je Aufmerksamkeit zu schenken und nicht Einzelinteressen, sondern dem Allgemeinwohl den Vorrang zu geben.

Nicht Worte, sondern Taten!

Die detaillierten Feststellungen und Forderungen der Vereinigung Deutscher Gewässerschutz werden nicht überhört werden können. Es ist zu hoffen, dass sie nicht nur Diskussionen, sondern auch Entscheidungen auslösen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat bereits in der Vergangenheit den Fragen des Gewässerschutzes ebenso wie denen der Luftverunreinigung und der Lärmbekämpfung besondere Beachtung geschenkt. Sie wird sich auch in Zukunft von Niemandem in ihrem Bemühen übertreffen lassen, den bestehenden und drohenden Gefahren der Zivilisationsschäden im Interesse der Volksgesundheit kompromisslos zu begegnen. Dies gilt auch für die Arbeit im neuen Bundestag. Die SPD wird in diesem Zusammenhang mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen, ob und in welcher Weise die neue Bundesregierung sich der dringenden und drängenden Aufgaben besonders auch der Wasserwirtschaft und ihrer Ordnung annimmt. Sie wird sich hierbei nicht mit Worten abspesen lassen, sondern Taten verlangen.

Die Integralen regieren die Junge Union

Von Waldemar Ritter, jugendpolitischer Referent der SPD

"Die CDU/CSU muss ein kluges Gesetzgebungstalent, auch im Sinne einer gesetzgebenden Taktik entwickeln und gleichzeitig eine noch intensivere Aufklärungsarbeit leisten, um in den nächsten Jahren bei fünf Landeswahlen in Schleswig-Holstein, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Bayern auf dem Posten zu sein." Das erklärte Bundesinnenminister Schröder am Sonntag auf der Abschlusskundgebung des Deutschlandtages der Jungen Union in Oldenburg.

Der magere Beifall, der die Ausführungen Schröders begleitete, unterstrich noch einmal, was sich am Tage zuvor sowohl im Plenum als auch in den Arbeitskreisen des Deutschlandtages abgespielt hatte. Schon im Rechenschaftsbericht des bisherigen Bundesvorsitzenden, Dr. Stoltenberg, kam die allgemeine Misere der CDU/CSU und der Jungen Union versteckt zum Ausdruck. "Eine 12-jährige Regierungszeit", dozierte Stoltenberg, "bringt für jede demokratische Partei Gefahren der Abnutzung und Erstarrung mit sich."

Weitaus deutlicher als diese nur beiläufig abgegebene Bemerkung war dagegen der Unmut über die verlorengegangene absolute Mehrheit bei den Delegierten vernehmbar. Im Arbeitskreis "Junge Union und Partei" und auf den Korridoren der Meser-Ems-Halle sagte man es rundheraus, dass die CDU/CSU nach vier Legislaturperioden zwar eine grosse Wählerpartei geworden, aber im Inneren noch nach wie vor eine "Honoratiorenpartei" geblieben sei. "Wenn es nicht gelingt, aus den Resten der Honoratiorenpartei eine Mitgliederpartei zu machen, so wird die CDU/CSU auch keine Wählerpartei bleiben." Noch drastischer kennzeichnete der Berliner CDU-Abgeordnete Lorenz und Dr. Mathilde Weikner von der CSU die Situation der Unionsparteien. Während Lorenz die Feststellung machte, dass es in der CDU/CSU "keine wahre Diskussion" und "keine innerparteiliche Demokratie" gebe, rief Weikner unter starkem Beifall der Mehrheit im Plenum, dass die Unionsparteien in die Gefahr geraten, "ihren eigenen Wahlplattitüden selbst zu glauben".

Das durch das Wahlergebnis hervorgerufene Unbehagen an der CDU/CSU war allgemein. Wer jedoch glaubte, dass die palastrevolutionären Ansätze von Oldenburg sich zu konkreten Forderungen an die Partei verächtlich würden, sah sich schon in der einen Tag früher als vorgesehen durchgeführten Pressekonferenz getuschelt. Bereits am Abend hatte der neugewählte Vorstand seine Getreuen offensichtlich so gut beraten, dass er den verdutzten Vertretern der Presse erklären konnte: die Kritik an den Unionsparteien sei wörtlich genommen weder die Auffassung der Jungen Union noch die Meinung der Kritiker selbst. Dass der Vorstand im ersten Fall nicht ganz unrecht hatte, zeigte die Wahl dieses neuen Bundesvorstandes. War es schon im allgemeinen auffallend gewesen, dass die von katholischer Delegierten angeführte integralistische Richtung in wichtigen Fragen keine Kompromisse machte, so zeigte sich diese Tendenz bei den Vorstandswahlen besonders deutlich.

Schon in der Personaldébatte und bei der Wahl des 1. Vorsitzenden wurde offenkundig, dass die Kritiker der Partei in der Minderheit waren. Dr. Bert Egan, MdB, Mitglied des Bundesvorstandes der CDU, erhielt 76,

sein an die Partei nicht so stark gebundener Gegenkandidat, der Dozent Dr. Klepsch, 64 Stimmen. Gegen den bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden, Dr. Fritz Pirkl, Mitglied des Vorstandes der CSU, wagte man nicht einmal einen Gegenkandidaten aufzustellen. Unverkennbar wurden aber die politischen Mehrheitsverhältnisse, bei den ebenfalls für den einen der beiden stellvertretenden Vorsitzenden gegeneinander aufgestellten evangelischen Kandidaten Rollmann aus Hamburg und Börner aus Berlin.

Obwohl Rollmann noch vor der Wahl erklärt hatte, die Junge Union in Hamburg stehe geschlossen hinter Adenauer, wählten die Delegierten den weitaus weniger profilierten Assessor Börner. Die Junge Union sah in Rollman den engen Freund Erik Blumenfelds, des Landesvorsitzenden der CDU in Hamburg. Blumenfeld aber gehört zum Succarios-Kreis, der Adenauerfronde in der CDU.

Die Wahl des unprofilierteren Börner zeigt jedoch noch eine zweite Tendenz in der Jungen Union: Den weiteren Machtzuwachs der katholischen Integralisten gegenüber der evangelischen Gruppe. War es bisher schon üblich gewesen, dass der erste Vorsitzende und einer der beiden Stellvertreter katholisch sein mussten, so wird man nach der diesjährigen Wahl wohl nur noch von einem katholischen Vorstand sprechen können. Das Vertrauen der evangelischen Delegierten hat Börner auf jeden Fall nicht gehabt. Das zeigte sich auch nach der Wahl im Arbeitskreis "Junge Union und Jugendverbände". Die wenigen Ausführungen, die Börner hier machte, stiessen auf einmütigen Widerspruch der anwesenden evangelischen Delegierten. So z.B. wenn Börner erklärte, dass "die katholische Jugend aktiver ist als die evangelische Jugend", und sich von seinen Glaubensbrüdern sagen lassen musste, dass es für Christen auch ausserhalb und in anderen Parteien als der CDU/CSU bzw. der Jungen Union politische Aktivität gebe.

Die Katerstimmung am Sonntagmorgen war offenkundig. Bis auf den Verlust der absoluten Mehrheit und dem Machtzuwachs der Integralisten ist alles offengeblieben. Selbst die Frage, ob die Junge Union mehr Mitglieder habe als vor einem Jahr. Zwar erklärte der scheidende Bundesvorsitzende Stoltenberg, dass die Junge Union im letzten Jahr ungefähr zehn Prozent an Mitgliedern zugenommen habe, machte dann aber gleichzeitig die nur schwer erklärliche Mitteilung, dass die Junge Union unter Hinzuziehung dieser zehn Prozent nunmehr zwischen 75- und 80 000 Mitgliedern hat. Fest steht bisher nur eins: Vor einem Jahr erklärte derselbe Dr. Stoltenberg ebenfalls in seinem Rechenschaftsbericht, dass die Junge Union von 50 000 auf 80 000 Mitglieder angewachsen sei. Wenn die Junge Union 80 000 Mitglieder hatte und zehn Prozent dazugewonnen hat, so müsste sie jetzt eigentlich 88 000 haben. Da aber angenommen werden muss, dass die direkten Zahlenangaben schon ein wenig realistischer sind als die Prozente, muss die Junge Union einen erheblichen Teil ihrer Mitglieder verloren haben. Der Verlauf des Deutschlandtages spricht dafür, dass sich diese Tendenz auch weiterhin noch verstärkt.

Die allgemeine Misere konnte auch von Innenminister Schröder nicht mehr gerettet werden. Versuchte er doch nur sehr zaghaft nachzuweisen, dass die Koalition mit der FDP kein "geleiteter Bürgerblock" sei. Er merkte dabei nicht, dass der Leim, der ihn mit seinen Zuhörern und die Zuhörer untereinander verbindet, schon bedenklich zu bröckeln beginnt.

Sowjetfrauen in grosser Sorge

Von Rudolf Hornig

Die nun abgeschlossenen Debatten um den Programmentwurf der KP der Sowjetunion, der den Sowjetbürgern das "Leben im Kommunismus" binnen 10 bis 20 Jahren in Aussicht stellt, füllten seit Wochen ganze Spalten in den sowjetischen Zeitungen. Zumeist wurden zustimmende Erklärungen veröffentlicht, bei denen die Mitbürger zu "gesteigerten Anstrengungen" aufgerufen wurden, um der Partei zu helfen, das "grosse Ziel" zu erreichen. Nur sehr selten jedoch kamen dabei die sowjetischen Frauen zu Worte, soweit es sich um die "Lebensweise im Kommunismus" handelt, um die Familie, die Stellung der Frau in der Zukunft und um die Erziehung der Kinder. Offenbar hat diese Zurückhaltung der Presse die Sowjetfrauen durchaus nicht befriedigt und sie eher skeptisch werden lassen, auch wenn der Programmentwurf die künftige Lebensweise "im wesentlichen umreist".

Dass sich die Sowjetfrauen sehr grosse Sorgen um die Zukunft der Familie machen, kann man einer Zuschrift der Moskauerin Helene Hase in der Moskauer deutschen Zeitung "Neues Leben" entnehmen. "Wie werden wir im Kommunismus leben?" fragt Helene Hase und weiss in drei langen Spalten auf der "Frauenseite" der Zeitung allerhand anzuführen, was ihr bedenklich vorkommt. Schon das, was sie an Positiven von der Durchführung des Programms erwartet, wirft ein bezeichnendes Licht auf solche heutigen Verhältnisse, die unbedingt geändert werden müssten. Vor allem dürfe es in Zukunft "keine (Käufer-)Schlangen mehr geben". Um heute ein Abendbrot zu bereiten, müsse die sowjetische Hausfrau manchmal in mehreren Geschäften Schlange stehen, "und das nach ihrem Arbeitstag". Auch müsse möglichst schnell erreicht werden, dass das Mittagessen "in der Speisehalle" schmackhaft, nahrhaft und billiger sei, als wenn man es daheim koche. Schliesslich verlangt Helene Hase eine Verringerung des Arbeitsaufwandes der Frau im Haushalt und eine Beseitigung der "Überreste der ungleichen Stellung der Frau in der Familie".

So angedeutet, wird ein ganzer Katalog von Erschwernissen für die sowjetische Hausfrau von heute und für ihre durchaus nicht so klare Stellung in der Familie offenbar, wie sie eigentlich nach mehr als 40 Jahren Kommunismus nicht mehr vorhanden sein sollte. Doch die Zukunftsorgen der sowjetischen Frauen gehen noch viel tiefer und berühren

Probleme, wie sie sich der Familie heute überall in der Welt stellen. Weit davon entfernt, diese Probleme zu lösen, dient der Programmentwurf ganz offensichtlich als ein Schreckgespenst wegen der Oberflächlichkeit, mit der man in Moskau vom grünen Fisch aus die Grundlagen der Familie in der Sowjetunion neuerlich (nach einer langsamen Erholung und Festigung in den letzten Jahren) erschüttern will. Vielleicht ohne es zu merken.

Umso klarer und unverblümt spricht Helene Hase aus, was sie befürchtet. So, wenn sie davon ausgeht, dass wahrscheinlich in 20 Jahren keine einzige Hausfrau mehr im Hause kochen, Geschirr spülen und Wäsche waschen werde. Was wird dann bleiben? fragt sie besorgt: "Was man auch sagen mag, die Mahlzeit am Familientisch bildete immer einen wichtigen und, wie viele glauben, nötigen Bestandteil des Familienlebens. Wird die Sorge um häusliche Gemütlichkeit bleiben und in welcher Form?" Man könne sich das schwer im einzelnen vorstellen. Die gleichen Sorgen hat Helene Hase wegen der Kindererziehung. Nach dem Parteiprogramm werde es eine Verdichtung des Netzes der Kinderbetreuungsstätten geben, damit jede Familie ihre Kinder unentgeltlich in Kinderkrippe und -gärten unterbringen kann. Offenbar werden, so meint Helene Hase, Eltern und Erzieher in den Betreuungsstätten die Verantwortung für die Erziehung teilen. Aber: "Welchen Anteil werden die Eltern daran haben, welche Rolle wird der Erziehung in der Familie zukommen?"

Um ganz deutlich zu werden, gibt Helene Hase den Intentionen des Programmentwurfs Recht, dass ein längeres Verbleiben der Kinder ausschhalb der Familie den Eltern grössere Möglichkeiten für ihre Tätigkeit im Betrieb und im öffentlichen Leben lassen werde. Demnach nicht nur mehr Arbeit im Betrieb und im öffentlichen Leben, sondern eine unausbleibliche Folge, die Helene Hase so formuliert: "Aber nimmt er (der Programmentwurf) nicht den Kindern das, was ihnen nicht einmal die besten Erziehungsstätten geben können: die Zärtlichkeit der Eltern, jene warme Aufmerksamkeit, die nur ein naher Verwandter aufbringt und unter deren Einfluss sich im Menschen eine unschätzbare seelische Eigenschaft herausbildet - Feinfühligkeit?" Die Moskauer Zeitung enthält sich eines jeden Kommentars und hilft sich damit, die Frauen zur Stellungnahme aufzufordern. Wenn sie alle so mutig sind wie Helene Hase, kann sie ihre Wander erleben.

+ + +

Verantwortlich: i. V. Albert Exler